

STAATSMODERNISIERUNG

EDITORIAL



Null Toleranz

Am 19. Februar erlebte Dresden zum zweiten Mal einen beeindruckenden friedlichen Protest Zehntausender gegen den Aufmarsch von Nazis. Zugleich begingen Rechts- und Linksextreme gewaltsame Ausschreitungen in einer neuen Dimension – mit 82 verletzten Polizisten. Wenige Wochen vorher fand eine öffentliche Debatte statt, ob man von Empfängern staatlicher Fördermittel aus dem Programm „Weltoffenes Sachsen“ ein schriftliches Bekenntnis zu Demokratie und Verfassung verlangen kann.

Was haben beide Ereignisse miteinander zu tun? Sie zeigen, wie notwendig es ist, unsere offene Gesellschaft gegen Extremisten zu schützen – von rechts wie von links. Eines muss klar sein: Der Zweck heiligt nicht die Mittel; das Bekenntnis zu Demokratie und Gewaltfreiheit ist nicht selbstverständlich.

Gegenüber rechten und linken Extremisten ist jegliche Toleranz fehl am Platz. Brennende Barrikaden, gezielte Angriffe auf Polizisten und pure Lust auf Krawalle haben nichts mit Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu tun. Wer rechtliche Grenzen überschreitet, muss mit der vollen Härte einer Strafverfolgung rechnen.

Nach diesem 19. Februar ist aber auch ein ernsthaftes Nachdenken angesagt.

Zum einen über manche umstrittene Verwaltungsgerichtsentscheidung, deren nachträgliche Überprüfung durch ein höheres Gericht sinnvoll wäre. Aber besonders auch über die Aufrufe linksautonomer „Aktivisten“. Die Toleranz einer freiheitlichen Gesellschaft muss dort enden, wo Gewalt billigend in Kauf genommen wird.

Torsten Herbst
Generalsekretär der FDP Sachsen

Taten statt Sonntagsreden

Staatsmodernisierung: Standortkonzept für Behörden vorgestellt

Es sind die so genannten Sonntagsreden, in denen Politiker überall in Deutschland seit Jahren über „Zukunftsfähigkeit“, „Nachhaltigkeit“ oder „Generationengerechtigkeit“ sprechen. Doch von den wohlklingenden Worten bleibt in der praktischen Politik oft nicht viel übrig: wachsende Schuldenberge und steigende Verwaltungsausgaben trotz

liarde Euro bei den Ausgaben eingespart.

Auf Dauer reicht das nicht. Bis zum Jahr 2019 schrumpft der Landeshaushalt um etwa 25 Prozent. Die Gelder aus dem Solidarpakt laufen aus, und die Bevölkerung in Sachsen nimmt weiter ab. „Dieser Herausforderung stellen wir uns mit

Landesdirektionen zu einer neuen „Landesdirektion Sachsen“. Kritik an den Mittelbehörden hatte die FDP schon seit Jahren geübt. Mit der Zusammenlegung wurde jetzt die im Koalitionsvertrag als Kompromiss vereinbarte Verschlankung umgesetzt. Statt drei Präsidenten, drei Führungsstäbe und drei Zentralabteilungen zu haben, gibt es

schließlich in den Großstädten zu konzentrieren, dezentralisieren wir die Verwaltung in die Regionen hinein, stärken den ländlichen Raum und Wachstumskerne außerhalb Dresdens, Leipzig, Chemnitz wie zum Beispiel Görlitz, Bautzen, Freiberg, Pirna, Zwickau und Grimma“, verweist der FDP-Fraktionschef auf die liberale Handschrift.



Koalition mit klare Richtungsvorgabe: Sachsens Verwaltung wird umgebaut. Unter anderem wird aus drei Landesdirektionen eine.

sinkender Bevölkerungszahlen. In Sachsen gehen Union und FDP einen anderen Weg.

Umfassender Umbau der Verwaltung nötig

Eine solide Finanzpolitik ist seit langem das Markenzeichen des Freistaats. Und trotz sinkender Einnahmen hat die schwarz-gelbe Staatsregierung an diesem Kurs auch im laufenden Doppelhaushalt festgehalten. Statt neue Schulden zu Lasten der Kinder und Enkel zu machen, hat Sachsen über eine Mil-

liarde Euro bei den Ausgaben eingespart. „Wir haben gemeinsam mit unserem Partner Union den Mut für eine solche Reform – auch wenn wir bereits jetzt wissen, dass es wie beim Doppelhaushalt Widerstände verschiedenster Couleur geben wird“, betont Zastrow.

Den ersten großen Schritt hat das bürgerliche Bündnis jetzt geschafft. Das CDU/FDP-Kabinett hat ein Konzept zur künftigen Verteilung der Ämter und Behörden im Freistaat vorgelegt. Damit haben die Partner den strukturellen Kern des Großprojektes Staatsmodernisierung und eines der zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages auf den Weg gebracht.

Fusion der drei Landesdirektionen

Ein wesentlicher Aspekt der Konzeption ist die Fusion der drei

künftig nur einen Präsidenten und eine Führungsstruktur. Bis zum Ende dieser Legislatur wird die zentrale Mittelbehörde nun einer intensiven Aufgaben- und Strukturkritik unterzogen mit dem Ziel, weitere Bürokratie abzubauen, Verwaltungsabläufe effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. So sollen künftig zum Beispiel Doppelzuständigkeiten vermieden und Fachbereiche konzentriert werden. Der Präsident der Landesdirektion wird seinen Sitz künftig in Chemnitz haben. Die Koalition setzt damit ein sichtbares Zeichen für die wachsende Bedeutung des gesamten Wirtschaftsraumes.

„Wir haben uns als FDP bei den Verhandlungen für ein dezentrales Standortkonzept eingesetzt, das alle Regionen angemessen berücksichtigt“, betont Zastrow. „Statt alle Behörden und Institutionen aus-

Alle Regionen berücksichtigt

So wird der Sitz des Landesrechnungshofes von Leipzig nach Döbeln wechseln. Damit sendet die CDU/FDP-Koalition ein starkes Signal an eine Region, die durch die vergangenen Verwaltungsreformen viel verloren hat, jedoch hervorragende Bedingungen für eine Behörde bietet, die in allen Teilen Sachsens aktiv ist. Die sächsische Umweltstiftung zieht von Dresden nach Grillenburg. Und durch den Umzug der Straßenbauverwaltung von Chemnitz nach Zschopau wird das Erzgebirge gestärkt. Die Konzentration des Finanzamtes in Annaberg-Buchholz und des Amtsgerichtes in Marienberg sowie das Sonder-Finanzamt in Schwarzenberg sorgen ebenfalls für einen Ausgleich in der Region. So ist es insbesondere gelungen, die Prä-

Fortsetzung auf Seite 2:

HINTERGRUND

„Tonstörung 2011“ geht an sächsische Liberale

Die Landespressekonferenz Sachsen (LPK) hat ihren Negativ-Preis „Tonstörung“ an FDP-Landes- und -Fraktionschef Holger Zastrow vergeben. Mit dem Preis kritisiert der Verein der landespolitischen Korrespondenten jährlich „Verursacher von unkommunikativen Leistungen“. Erstmals erhielt eine Person den Preis „stellvertretend“ für eine ganze Gruppe unterschiedlicher Personen und Institutionen – namentlich die gesamte Landespartei, die Politiker und Mitarbeiter der Landtagsfraktion sowie der FDP-geführten Ministerien.

In der Begründung hieß es unter anderem, es habe eine „Anti-Medienstrategie“ gegeben, mit dem Ziel, Berichterstattung „negativ zu beeinflussen“ oder gar „zu behindern oder gänzlich zu unterbinden“. Die „überzogene Medienschele“ der FDP kenne die LPK „in dieser Form bisher nur von extremistischen Parteien“. Was war passiert? Holger Zastrow hatte auf dem Landesparteitag im März 2010 in Chemnitz nicht nur Selbstkritik zum FDP-Erscheinungsbild geübt – er hatte in anonymisierter Form auch konkrete Beispiele aus der Zusammenarbeit mit einzelnen Medien wiedergegeben, wie ein geführtes, aber nicht abgedrucktes Interview oder eine erneute Recherche durch einen zweiten Journalisten, weil die Erstrecherche nicht „negativ genug“ ausfiel. Diese Kritik stieß offenbar einigen Journalisten übel auf.

„Für uns Freie Demokraten ist Meinungs- und Pressefreiheit ein hohes Gut“, sagte FDP-Generalsekretär Torsten Herbst. Mit medialer Kritik müsse man leben, dennoch gebe es Grenzen. Zur Freiheit gehöre die Verantwortung, sagte Herbst. „Dort, wo Medien die Grundregeln einer fairen Zusammenarbeit brechen oder Fakten bewusst ignorieren, ist Schweigen fehl am Platz.“ Es sei sicher höchst ungewöhnlich, einzelne Medienleistungen öffentlich anzusprechen. „Doch wird hier nicht mit zweierlei Maß gemessen? Darf die Presse kritisieren, aber nicht kritisiert werden?“, fragte Herbst. „Meinungsfreiheit sollte auch für Politiker gelten – selbst gegenüber Journalisten.“

Und auch wenn die LPK betont, der Preis sei von einer Jury einstimmig verliehen worden: Mehrere Journalisten distanzieren sich gegenüber der FDP Sachsen von der Entscheidung. Eine Zeitungsredaktion protestierte beispielsweise schriftlich beim LPK-Vorstand gegen die Entscheidung: „Unsere Erfahrungen mit der FDP-Pressearbeit sind hervorragend“, hieß es darin wörtlich.

Fortsetzung von Seite 1:

sens der Justiz in der Fläche zu gewährleisten. Weiterhin wird durch die geplante Errichtung einer neuen JVA in Südwestsachsen eine moderne Vollzugslandschaft für die Zukunft sichergestellt.

Der Sitz des Landesamtes für Archäologie wechselt von Dresden nach Chemnitz, um das neue Haus der Archäologie zu ergänzen und den Ruf der Stadt als Archäologiestandort weiter zu entwickeln. Mit dem Umzug der Sächsischen Aufbaubank bis zum Jahr 2020 von Dresden nach Leipzig schärfen Union und FDP das Profil des Finanzstandortes Leipzig. Das Renommee Dresdens als verkehrswissenschaftlich hervorragend aufgestellte Stadt wird durch die Ansiedlung des Landesamtes für Straßenwesen und Verkehrs in der Landeshauptstadt gestärkt.

Keine Angst vor Entlassungen

Dadurch, dass die Reform bis ins Jahr 2020 reicht, ist garantiert, dass auch für die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sensible und die persönliche Lebenssituation respektierende Lösungen gefunden werden können. „Die Veränderungen für die Beschäftigten werden nicht abrupt, sondern schrittweise in den nächsten zehn Jahren erfolgen“, erläutert Justizminister Dr. Jürgen Martens, der das Projekt Staatsmodernisierung federführend koordiniert. „Wir geben den betroffenen Mitarbeitern schon frühzeitig Planungssicherheit. Keiner muss deshalb Angst vor Entlassungen haben“, beruhigt Martens.

Mehr als nur kosmetische Korrektur

Der Personalabbau soll im Wesentlichen über Altersabgänge erfolgen. Zielmarke der Staatsregierung ist

eine schlanke und effektive öffentliche Verwaltung mit rund 70.000 Mitarbeitern im Jahr 2020. „Die FDP hat dafür gesorgt, dass die jetzt angepackte Verwaltungsmodernisierung mehr ist als nur kosmetische Korrekturen“, sagt Zastrow. Die neue Struktur sei kein kleiner Zwischenschritt, sondern eine Lösung, die weit über die Legislaturperiode hinaus Bestand haben werde.

Mit der neuen Standortkonzeption reagiert die Politik schon jetzt auf absehbar sinkende Bevölkerungszahlen und zurückgehende Einnahmen im Freistaat. „Wir wollen die Zukunft Sachsens heute aktiv gestalten, damit wir morgen nicht den Ereignissen hinterherlaufen müssen“, betonte FDP-Minister Martens. Und er sagte es anlässlich der Vorstellung des Standortkonzeptes nach dem Kabinettsbeschluss – und nicht in einer Sonntagsrede.

Facharbeitsgruppe Staatsmodernisierung

Im Auftrag des Landesvorstands hat die sächsische FDP eine Facharbeitsgruppe „Staatsmodernisierung“ gebildet. Ziel ist es, aus der Partei heraus weitere Ideen zum Bürokratieabbau, zu effizienteren Strukturen und Abläufen in das Projekt einzubringen. Das Gremium arbeitet unabhängig von der Struktur der Landesfachausschüsse. An der Spitze stehen Dr. Bernd Groh, ehemaliger Landespolizeipräsident in Sachsen, und Carsten Biesok, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Weitere Mitglieder sind unter anderem Ralf Oberdorfer (Oberbürgermeister von Plauen), Anita Maaß (Bürgermeisterin von Lommatzsch), Mathias Bielich (Dezernent im Landratsamt Bautzen) und Andreas Herr (Dezernent im Landratsamt Meißen).

Neben den Standortentscheidungen der großen Behörden werden die Strukturen der gesamten Landesverwaltung an die sinkenden Bevölkerungszahlen angepasst:

Polizei

Die Zahl der Polizisten soll bis zum Jahr 2020 um etwa 2.600 auf 11.280 Beamte sinken. Damit wird Sachsen weiterhin über eine höhere Polizeidichte verfügen als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Die Zahl der Streifenbeamten soll beibehalten werden. Grundsätzlich hält die Polizei an ihrer Präsenz in 116 Ortschaften fest. Aus vielen Revieren werden aber so-

genannte Polizeistandorte, die Zahl der Reviere verkleinert sich von 72 auf 41. Die Anzahl der Polizeidirektionen wird von sieben auf fünf reduziert. Dabei werden die Direktionen Oberes Elbtal-Osterzgebirge und Dresden sowie Westsachsen und Leipzig zusammengeführt.

Finanzverwaltung

Die aktuell 28 Finanzämter werden auf 17 Ämter reduziert. Künftig ist nur ein Amt pro Kreis vorgesehen. Geschlossen werden die Finanzämter in Borna, Döbeln, Freital, Hohenstein-Ernstthal, Hoyerswerda, Löbau, Mittweida, Oschatz, Stollberg und Zschopau.

Justiz

Das Landgericht Bautzen wird mit dem in Görlitz zusammengelegt. In Bautzen wird es künftig eine Außenkammer geben. Auch die Staatsanwaltschaften Görlitz und Zittau sowie Bautzen und Hoyerswerda werden zusammengelegt. Künftig soll es zwei Amtsgerichte in jedem Kreis geben – Annaberg-Buchholz und Wurzen fallen weg. Auch bei den Grundbuchämtern wird eingespart. Die Gefängnisse in Zwickau und Zeithain werden geschlossen und voraussichtlich 2016 durch einen Neubau in Südwestsachsen ersetzt.

Bildungsagentur

Die Sächsische Bildungsagentur bleibt auch künftig an fünf Standorten in der Fläche präsent. In Freital werden die bisherige SBA-Außenstelle Dresden und das Sächsische Bildungsinstitut (SBI) zu einem „Haus der Bildung“ fusioniert.

Straßenbauverwaltung

Das Autobahnamt und die Straßenbauämter werden im neuen „Landesamt für Straßenbau und Verkehr“ mit Sitz in Dresden fusioniert. Niederlassungen wird es weiterhin in Bautzen, Leipzig, Meißen und Plauen geben. Die bisherige Chemnitzer Niederlassung wird nach Zschopau verlegt.

INTERVIEW

Fachkräftemangel: Sachsen steuert gegen

Vier Fragen an Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP)



Sven Morlok

LiSa: Gemeinsam mit Ihrem CDU-Ministerkollegen Markus Ulbig aus dem Innenressort haben Sie im Januar eine Bundesratsinitiative Sachsens für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte vorgestellt. Warum jetzt diese Initiative?

Sven Morlok: Viele sächsische Betriebe suchen bereits jetzt händeringend nach hochqualifizierten Mitarbeitern. Eine verbesserte Berufsorientierung, die Integration von Langzeitarbeitslosen oder auch die vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen werden diesen Fachkräftebedarf in den kommenden Jahren allein nicht decken können. Deshalb will der Freistaat gut ausgebildeten Fachkräften aus dem Ausland künftig

die Arbeitssuche in Deutschland erleichtern. Wichtig ist, dass wir dabei auf verlässliche Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse oder auch Alter achten.

LiSa: Was entgegnen Sie denen, die vor einer Einwanderung lediglich in die Sozialsysteme warnen?

Sven Morlok: Diese Befürchtung ist unbegründet, denn es geht uns eben um qualifizierte Arbeitskräfte, die sich einbringen möchten und letztlich auch in Deutschland Steuern zahlen werden. Neu ist, dass diese Fachleute auch ohne Arbeitsvertrag nach Deutschland kommen können. Sie sollen dann ein Jahr Zeit haben, um sich einen entsprechenden Arbeitsplatz zu suchen, müssen aber während dieser Zeit ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten. Das heißt, sie haben keinen Anspruch auf Transferleistungen. Dazu gehört auch, dass

künftig diverse Auswahlkriterien erfüllt werden müssen. Diejenigen, die einen Arbeitsvertrag bereits bei der Einreise vorweisen können, fallen dem Sozialsystem nicht zur Last, weil sie ja ein eigenes Einkommen erzielen. Für die wollen wir die Mindestverdienstgrenze von 66.000 auf 35.000 Euro senken.

LiSa: Wie profitiert Sachsen konkret von diesem Konzept?

Sven Morlok: Vor allem für die mittelständisch geprägte Wirtschaft im Freistaat ist die Anwerbung von Mitarbeitern aus dem nichteuropäischen Ausland immer noch eine schwer zu nehmende Hürde. Oft fehlen aber wichtige Fachleute, um in den Unternehmen Innovationen umzusetzen. Das hindert viele Unternehmen daran, weiter zu wachsen und am Markt Akzente zu setzen. Kurzum, wir wollen mehr Flexibilität auf beiden Seiten: Bei

denen, die Arbeit suchen, und bei denen, die Fachkräfte suchen.

LiSa: Wie geht's jetzt auf Bundesebene weiter?

Sven Morlok: Die Bundesratsinitiative wird von Sachsen in den Bundesrat eingebracht. Damit untermauern der Freistaat und seine schwarzgelbe Regierung den Willen, wieder Reformmotor für ganz Deutschland zu sein; so wie es übrigens schon in den 90er Jahren war. Die Signale aus Berlin sind dabei vielversprechend. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle beispielsweise hat den Vorstoß aus Sachsen begrüßt. Ich bin überzeugt, dass wir auch den einen oder anderen Skeptiker aus dem Süden unserer Republik überzeugen können, zumal wir uns hier in Sachsen mit den Kollegen der Union völlig einig sind.

BÜRGERMEISTERWAHLEN

Freidemokraten aussichtsreich im Rennen

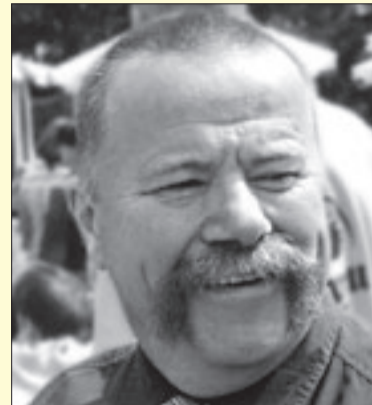
Bürgermeisterwahlen in zahlreichen sächsischen Kommunen

Zwar stehen in diesem Jahr im Freistaat keine flächendeckenden Wahlen ins Haus, trotzdem werden die Bürger in zahlreichen Gemeinden Sachsens zu Bürgermeisterwahlen an die Urnen gerufen. Neue Rathauschefs werden in insgesamt 27 Kommunen gewählt, darunter auch in größeren Städten wie Grimma, Kamenz und Meißen. Auch in liberalen Hochburgen wie Colditz, Mügeln, Schirgiswalde-Kirschau, Zeithain, Geyer oder Großschirma bestimmen die Einwohner über den neuen Chef im Rathaus, weil die siebenjährige Wahlperiode abgelaufen ist oder Gemeindegemeinschaften eine Neuwahl erforderlich machen.

mit der Neuwahl am 27. März nicht nur die aktuelle Amtszeit, sondern beinahe zwei Jahrzehnte an der Spitze der über tausendjährigen Stadt zwischen Oschatz und Döbeln. Die Chancen, dass ein Liberaler auch künftig an der Spitze der Stadt amtiert, stehen unterdessen nicht schlecht. Mit Axel Finke (33), selbständiger Versicherungsagent aus dem Ortsteil Sorzig-Ablass, schicken die Mügeln Freidemokraten einen lokal verankerten, kompetenten und aussichtsreichen Kandidaten ins Rennen um den Rathausstuhl.

de-Kirschau ebenfalls am 27. März. Der 33-Jährige wuchs in Rodewitz auf, wohnt in Großpostwitz und ist studierter Diplom-Betriebswirt. Bereits am 20. März wählen die Bürger von Trossin (bei Oschatz) ihr neues Gemeindeoberhaupt. Hier tritt Lutz Biedermann für die Liberalen an.

der bisherige Bürgermeister vom Thum, Michael Brändel, an. Am



Rosenbach (Vogtl.): Achim Schulz (58) bisher Bürgermeister von Syrau

19. Juni stellt sich dann der Großschirmaer FDP-Bürgermeister, Volkmar Schreiter, turnusgemäß zur Wiederwahl.



Großschirma: Volkmar Schreiter (49) stellt sich zur Wiederwahl



Trossin: Lutz Biedermann (49) tritt für die FDP an

Voraussichtlich im Mai stellt sich der bisherige FDP-Bürgermeister von Syrau, Achim Schulz, als neuer Bürgermeister von Rosenbach zur Wahl. Die Gemeinde im Vogtland war zum 01.01.2011 als Zusammenschluss aus Rosenbach, Mehltheuer, Leubnitz und Syrau hervorgegangen. Auch in Geyer wird gewählt. Die Erzgebirgsgemeinde war mit Thum und Ehrenfriedersdorf fusioniert, für die FDP tritt hier



Schirgiswalde-Kirschau: Sven Gabriel (33) – bisheriger Bürgermeister in Kirschau

„Titelverteidigung“ heißt es dagegen für den bisherigen Kirschauer Bürgermeister Sven Gabriel bei der Neuwahl des Bürgermeisters für die fusionierte Gemeinde Schirgiswal-



Mügeln: Axel Finke (33) will Gotthard Deuse nachfolgen

Für den langjährigen Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse, endet

KURZNACHRICHTEN

Büroeröffnungen in Pulsnitz und Zwickau

Rund 60 Mitglieder und Freunde der Liberalen waren am 1. Februar in die Pulsnitzer Robert-Koch-Straße gekommen, um die Neueröffnung des Abgeordnetenbüros des Kamenzer FDP-Bundestagsabgeordneten Reiner Deutschmann mitzufeiern. Zu den Gästen zählten auch der Pulsnitzer Bürgermeister Peter Graff und der sächsische FDP-Landesvorsitzende Holger Zastrow. Neben dem Pulsnitzer Büro unterhält Deutschmann mit Kamenz und Hoyerswerda damit inzwischen drei eigene Bürgerbüros.



Kreisvorstand Guido Rux aus Lommatzsch überbringt die Glückwünsche des Kreisverbandes Meißen

Bereits am 10. Dezember wurde in der Zwickauer Moritzstraße die neue Geschäftsstelle sowie das neue gemeinsame Bürgerbüro des FDP-Kreisverbandes Zwickau, der FDP-Fraktion im Kreistag Zwickau und der beiden Landtagsabgeordneten Dr. Jürgen Martens und Nico Tippelt eröffnet. Unter den Gästen war hier unter anderem auch der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion und FDP-Sachsen-Generalsekretär Torsten Herbst. Das Büro im Zwickauer Stadtzentrum wird künftig der zentrale Anlaufpunkt für Bürger, die den Liberalen ihre Anliegen vortragen wollen, und die Fragen zur politischen Arbeit der FDP haben.



v.l.n.r.: Dr. Jürgen Martens, Torsten Herbst, André Hubatschek und Antje Brode

FDP Oschatz-Mügeln gegründet

Mitte Februar hat sich die FDP Mügeln zum neuen Ortsverband Oschatz-Mügeln umbenannt. Neuer Vorsitzender ist der 33jährige Versicherungsagent und Bürgermeisterkandidat Axel Finke. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der ehemalige Mügeln Ortsvorsitzende und Bürgermeister der Stadt Mügeln Gotthard Deuse (62) gewählt. Dem Vorstand gehören weiterhin Norman Kunze (32) aus Gastewitz und Klaus-Dieter Kresse (68) aus Mügeln an.

DAS KALENDERBLATT

80. Amtsjubiläum Dr. Külz, Dresdner Oberbürgermeister 1931 –1933



„Ich habe den Ehrgeiz, zu sein nicht ein Mann der unerfüllten Versprechungen, sondern der unversprochenen Erfüllungen meiner Pflichten.“ Diese Worte prägten die Auffassung von Wilhelm Külz, als er vor 80 Jahren das Oberbürgermeisteramt in Dresden am 1. April 1931 antrat. In einer Zeit, in der schwere wirtschaftliche Not herrschte und das politische System instabil war, setzte Wilhelm Külz als Dresdner Oberbürgermeister alles daran, demokratische und liberale Grundsätze zu bewahren und danach zu handeln.

Genau wie das restliche Land war die Stadt durch die Weltwirtschaftskrise von 1930 bis 1932 und die zahlreichen extremistischen Kundgebungen von links und rechts geprägt. Notverordnungen durch den Reichspräsidenten Hindenburg griffen tief in das kommunale Selbstverwaltungsgefüge ein und legten dem Stadtparlament ein immer enger werdendes Korsett auf. Dagegen versuchte Wilhelm Külz anzukämpfen. Er forderte die Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung, war

dies doch eine unliberale Idee vom Beginn des 19. Jahrhunderts. Das demokratisch gewählte Stadtparlament sollte weiterhin die Entscheidungen für die Stadt treffen. Spätestens als die Aufstellung des Stadthaushalts misslang, erließen die kommunalen Aufsichtsbehörden per Zwangsvollzug den Haushaltsplan. Damit ging eine schlechende Demokratieerosion einher, die nicht verhindert werden konnte. Anders als in Leipzig, wo Carl Friedrich Goerdeler mit Rückendeckung der Aufsichtsbehörde um das Stadtparlament „herum regierte“ und zahlreiche Ausgaben im Sozialbereich ohne dessen Anhörung rigoros strich, schaffte es Külz in Dresden mit Zustimmung des Stadtparlaments, soziale Einrichtungen und Errungenschaften, wie die Schulkinderspeisung, Mütterberatungsstellen oder einen Teil der städtischen Volksbäder aufrechtzuerhalten. Auch damit entsprach Külz liberalen Traditionslinien, da seit dem späten 19. Jahrhundert liberale Bürgermeister notwendige soziale Einrichtungen in ihren Kommunen etablierten.

VORGESTELLT

Stadträte und Kreistagsabgeordnete

FDP vor Ort

Mit der Kreisgebietsreform vor zwei Jahren hat sich die Anzahl der Landkreise im Freistaat auf insgesamt zehn reduziert. Den damit entstandenen Großkreisen und ihren gewählten Kreistagen kommt nun umso mehr Verantwortung zu. Dank großartiger Wahlergebnisse bei den Kreistagswahlen 2008 ist die FDP inzwischen in jedem der Kreistage und selbstverständlich auch in den Stadträten der drei großen Städte Chemnitz, Leipzig und Dresden in Fraktionsstärke vertreten und kann so konkret Kommunalpolitik mit gestalten. LiSa stellt alle Fraktionen mit Kontakt und Ansprechpartner vor.



Wolfgang Meyer

Stadtratsfraktion Chemnitz

Vorsitzender: Wolfgang Meyer
Geschäftsführer: Eduard Jenke
Mitglieder: Dr. Dieter Füsslein, Jürgen Konrad, Wolfgang Lesch, Wolfgang Meyer, Bernd Reinshagen, Prof. Dr. Andreas Schmalfuß (MdL), Gordon Tillmann

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
(Zi. 113) . Am Markt 1 . 09106 Chemnitz
Tel: 0371/4881315 . Fax: 0371/4881396
E-Mail: fraktion@fdp-chemnitz.de
Web: www.fdp-fraktion-chemnitz.de



Holger Zastrow

Stadtratsfraktion Dresden

Vorsitzender:
Holger Zastrow (MdL)
Geschäftsführer: Steffen Hintze
Mitglieder: Matteo Böhme, Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar, Barbara Lässig, Eberhard Rink, André Schindler, Burkhard Vester, Holger Zastrow (MdL), Jens-Uwe Zastrow

Geschäftsstelle: FDP-Stadtratsfraktion
Rathaus (Zimmer 201) . Dr.-Külz-Ring 19 . 01067 Dresden
Tel: 0351/4882662 . Fax: 0351/4882989
E-Mail: fdp-fraktion@dresden.de
Web: www.fdp-fraktion-dresden.de



Reik Hesselbarth

Stadtratsfraktion Leipzig

Vorsitzender: Reik Hesselbarth
Geschäftsführer: Oliver Dorausch
Stadträte:
Dr. Arnd Besser
Reik Hesselbarth
Isabel Siebert
René Hobusch

Geschäftsstelle: FDP-Stadtratsfraktion
Neues Rathaus (Raum 101)
Martin-Luther-Ring 4-6 . 04109 Leipzig
Tel: 0341/1232188 . Fax: 0341/1232186
E-Mail: info@fdp-fraktion-leipzig.de
Web: www.fdp-fraktion-leipzig.de



Sven Gabriel

Kreistagsfraktion Bautzen

Vorsitzender: Sven Gabriel
Geschäftsführer: n.n.
Mitglieder: Sven Gabriel, Peter Graff, Hermann Lindenkreuz, Birgit Pfützner, Hans-Jürgen Richter, Michael Staude

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
Zwingerstr. 18 . 01917 Kamenz
Tel: 03578/7875087 . Fax: 03578/309312
E-Mail: info@fdp-kreistagsfraktion-bautzen.de



Michael Brändel

Kreistagsfraktion Erzgebirge

Vorsitzender: Michael Brändel
Geschäftsführerin:
Anna-Franziska Haustein
Mitglieder: Michael Brändel, Mirko Ernst, Dietmar Georgi, Heinz-Peter Haustein (MdB), Dr. h.c. Wolfgang Jasper, Wolfgang Polster, Heinz Seidler, Beate Stöckel

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
Wolkensteinerstr. 32 . 09456 Annaberg-Buchholz
Tel: 03733/506521 . Fax: 03733/506524
E-Mail: info@fdp-fraktion-erzgebirgskreis.de
Web: www.fdp-fraktion-erzgebirgskreis.de



Bernd Kalkbrenner

Kreistagsfraktion Görlitz

Vorsitzender: Bernd Kalkbrenner
Geschäftsführer: Bernd Kalkbrenner
Mitglieder: Horst Bäsler, Dr. med. Hans-Peter Ebert, Andreas Förster, Uwe Jährg, Bernd Kalkbrenner, Dietrich Schulte

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
Demianiplatz 32 . 02826 Görlitz
Tel: 03581/879642 . Fax: 03581/879643
E-Mail: info@fdp-goerlitz.de



Dieter Hager

Kreistagsfraktion Landkreis Leipzig

Vorsitzender: Dieter Hager
Geschäftsführerin: Jana Böhme, Georg-Ernst Dornig, Lothar Franke, Dieter Hager, Manfred Heinz, Anja Jonas (MdL), Ulrich Scheller

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
c/o Baugeschäft Hager . Markt 2 . 04539 Groitzsch
Tel: 034296/43896 . Fax: 034296/40695
E-Mail: hagerbau@t-online.de



Ludwig M. Rade

Kreistagsfraktion Meißen

Vorsitzender: Ludwig M. Rade
Geschäftsführerin: Ingeborg Bielmeier
Mitglieder: Rainer Chudy, Claus Hönicke, Dr. Anita Maaß, Christel Prusseit, Ludwig M. Rade, Harald Seeliger, Dr. Andreas Timmler, Alexander Wolf

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
Poststr. 5 . 01662 Meißen
Tel: 03521/404854 . Fax: 03521/404880
Web: www.fdp-meissen.de/fraktion



Joachim Knappe

Kreistagsfraktion Mittelsachsen

Vorsitzender: Joachim Knappe
Geschäftsführer: Karl-Heinz Mantau
Mitglieder: Kerstin Arndt, Steffen Ernst, Kurt Härtel, Benjamin Karabinski (MdL), Joachim Knappe, Karl-Heinz Mantau, André Quaiser, Volkmar Schreiter, Karl-Heinz Teichert

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
c/o Deutsches Brenninstitut Freiberg
Halsbrückerstr. 34 . 09599 Freiberg
Tel: 03731/202856 . Fax: 03731/202856
E-Mail: fraktion@fdp-mittelsachsen.de
Web: www.fdp-fraktion-mittelsachsen.de



Gotthard Deuse

Kreistagsfraktion Nordsachsen

Vorsitzender: Gotthard Deuse
Geschäftsführer: Lutz Biedermann
Mitglieder: Bernd Biedermann, Lutz Biedermann, Gotthard Deuse, Friedhelm Kuschel, Dr. Martin Wernicke, Gabriele Zimmer

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
Am Anger 29 . 04838 Eilenburg
Tel: 03435/620402 . Fax: n.n.
E-Mail: Lutz.Biedermann@gmx.net
Web: www.fdp-fraktion-nordsachsen.de



Manfred Elsner

Kreistagsfraktion Sächs. Schweiz/Osterzgebirge

Vorsitzender: Manfred Elsner
Geschäftsführer: n.n.
Mitglieder: Norbert Bläsner (MdL), Lothar Brandau, Manfred Elsner, Jochen Frank, Hans-Jürgen Friedrich, Uwe Steglich, Tom Vollmann

Geschäftsstelle: FDP-Kreistagsfraktion
Lange Str. 6 . 01796 Pirna
Tel: 03501/476763 . Fax: 03501/476764
E-Mail: buero@fdp-soe-kreistag.de
E-Mail: buergermeister@neustadt-sachsen.de



Dieter Käppel

Kreistagsfraktion Vogtland

Vorsitzender: Dieter Käppel
Geschäftsführerin: Daniela Käppel
Mitglieder: Bernd Damisch, Sven Gerbeth, Dieter Käppel, Kerstin Knabe, Ulrich Riedel, Dr. Detlef Schlott, Achim Schulz, Martin Treack

Geschäftsstelle: FDP-Kreistagsfraktion
Unterbuchwalder Str. 1 . 08491 Buchwald
Tel: 03765/13700 . Fax: 03765/12302
E-Mail: dieterkaepfel@t-online.de



Karl Weiß

Kreistagsfraktion Zwickau

Vorsitzender: Karl Weiß
Geschäftsführer: André Hubatschek
Mitglieder: Konrad Felber, Holm Günther, Dr. Hans-Jürgen Lambrecht, Roswitha Müller, Hartmut Reinsberg, Hans-Reinhard Reip, Dr. Carsten Schick, Günther Stein, Dieter Theis, Gabriele Tischner, Karl Weiß

Geschäftsstelle: FDP-Fraktion
Schlossstraße 2 . 08134 Wildenfels
Tel: 037603/55658 . Fax: 037603 55659
E-Mail: info@fdp-zwickau.de

Europäische Liberale in Dresden

Vom 20. bis 21. Mai treffen sich die europäischen Liberalen zu einer Tagung des ELDR Council und zu einem Seminar in Dresden. Mitglieder der sächsischen FDP können an einzelnen Programmpunkten teilnehmen. Bei Interesse wird um eine kurze Anmeldung unter info@fdp-sachsen.de gebeten. Nähere Informationen in der Landesgeschäftsstelle.

- 19. Mai, ab 20 Uhr** „Welcome Drink“ (Selbstzahler) in der „Twist-Bar“ im Hotel Ininside Melia am Neumarkt
- 20. Mai, 15-18.30 Uhr** ELDR Council Tagung im Internationalen Congress Center Dresden (Ostra-Ufer)
- 21. Mai, ca. 10-13 Uhr** Seminar zum Thema „Europäische Kohäsions- und Regionalpolitik“ (in Englisch) im Internationalen Congress Center Dresden (Ostra-Ufer)

Die ELDR (Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei) ist die Dachorganisation der liberalen Parteien in Europa.





Den europäischen Gedanken nicht aufgeben!

HOLGER KRAHMER | MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Europa wird in der globalisierten Welt nur gemeinsam eine Rolle spielen. Auch Deutschland, das sich im Moment stark fühlt, sollte sich nicht überschätzen. Ein Scheitern der Europäischen Union ist der Weg in die politische und ökonomische Bedeutungslosigkeit. Es gibt viele Gründe, auch weiterhin nach gemeinsamen Zielen zu suchen und sie nach innen und außen zu vertreten. Wir sollten nicht den Blick vor der Realität verschließen, dass wir immer weniger und immer älter werden. In vielen wirtschaftlichen Sektoren verliert Europa an Gewicht. Der Anteil Europas an der weltweiten Industrieproduktion sinkt merklich. Auch wurden große Teile des Wohlstands der letzten Jahrzehnte auf Kredit finanziert.

Die Herausforderungen einer globalisierten Welt bleiben auch nach der Krise, die vor allem das Bankensystem im Mark erschüttert hat, bestehen. Das alles sollten wir bedenken, wenn wir Schlussfolgerungen aus den aktuellen Schwierigkeiten der EU ziehen.

Wertediskussion: Welchen Wert haben zwischenstaatlich getroffene Vereinbarungen?

Wir haben in den vergangenen Jahren in der Europapolitik Fehler gemacht, deren Konsequenzen wir jetzt zu spüren bekommen. Nicht die Einführung der Währungsunion war der Fehler, sondern die Art wie wir mit ihr und den vereinbarten Regeln umgegangen sind. Es wurden Staaten in die Währungsunion aufgenommen,

die schon im Moment der Euro-Einführung die Kriterien des Stabilitätspakts nicht erfüllten. Im Jahr 2005 war es Deutschland, das die Verschuldungskriterien verletzte. Der damalige deutsche Finanzminister sorgte dafür, dass es ohne Folgen blieb. Der 'blaue Brief aus Brüssel' wurde in Rats-Hinterzimmern vom Tisch gewischt. Für viele südeuropäische Länder – der deutschen Stabilitätskultur noch nie sonderlich zugetan – war diese Entscheidung eine Art Freibrief, es selber auch nicht so genau zu nehmen. Dass der Stabilitätspakt nie richtig durchgesetzt wurde, rächt sich nun.

Die Lehre daraus muss sein, dass künftige Vereinbarungen zur Stabilität des Euro besser respektiert werden müssen. Dafür braucht die Europäische Union – namentlich die EU-Kommission – Werkzeuge und Sanktionsmöglichkeiten, bestehende Regeln durchzusetzen.

Was ist uns europäische Demokratie wert?

Von Rettungsschirmen über Eurobonds bis Wirtschaftsregierung – nahezu alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der sogenannten Euro-Rettung wurden über Nacht und ausschließlich zwischen den Staats- und Regierungschefs herbeigeführt. Weder das Europäische Parlament, noch nationale Parlamente waren im Vorfeld der Entscheidungen an der politischen Willensbildung, geschweige denn an den Entscheidungen selbst, beteiligt.



WWW.HOLGER KRAEMER.DE

Wenn die EU nicht noch weiter an Akzeptanz in der Bevölkerung verlieren will, muss dieser Zustand dringend beendet werden. Die überhasteten Entscheidungen zur Euro-Rettung kommen einer 'Flucht nach vorn'-Integration gleich. Es sind Entscheidungen, die niemals vertraglich vereinbart wurden, schwer rückholbar sind und auf Jahrzehnte hinaus wirken werden. Über die Köpfe der betroffenen Bürger hinweg wird Europa nicht funktionieren.

Integration nicht mit Zentralisierung verwechseln.

Marktwirtschaft muss das Ordnungsprinzip auch in der Europapolitik bleiben. Die viel diskutierte 'Wirtschaftsregierung' ist der falsche Weg! Eine Zentralisierung der Wirtschaftspolitik ist weder sinnvoll noch notwendig. Produktivitätsunterschiede zwischen Volkswirtschaften lassen sich nicht weg- und Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nicht zentral herbei-'wirtschaftsregieren'. Das subsidiäre Europa muss ein zentraler Bestandteil marktwirtschaftlich orientierter, liberaler Europapolitik bleiben.

Die Lösung kann nur in einem neuen Stabilitätspakt liegen, der aber besser organisiert und durchgesetzt werden muss. Schuldenbegrenzung im Verhältnis zur Wirtschaftskraft ist sinnvoll – und es ist im Falle der EU und ihrer Währungsunion wirtschaftspolitische Koordination genug.

Eurobonds

Gemeinsame Anleihen sind nichts anderes als die Vergemeinschaftung von Schulden. Wenn der Grund zur Einführung solcher Anleihen vorrangig darin besteht, die Kreditaufnahme zu verbilligen, sind sie dauerhaft kein Instrument zur Schaffung währungs- und wirtschaftspolitischer Stabilität. Gemeinsame Anleihen können ein Instrument sein, den Euro als internationale Anker- und Anlagewährung attraktiv zu machen. Allerdings nur, wenn gleichzeitig Mechanismen zur Schuldenbegrenzung wirken. Andernfalls sind sie eine Einladung zur weiteren ungebremsten Ausweitung öffentlicher Defizite.

Die Folge wird sein, dass wir uns in absehbarer Zeit nicht mit der Kreditwürdigkeit einzelner Staaten auseinandersetzen müssen, sondern mit der Bonität der EU als Ganzes. Eurobonds ohne weitere Bedingungen mögen Europa näher zusammenbringen – kurzfristig. Langfristig würden sie die Europäische Union schwächen.

HOLGER KRAHMER | KONTAKT ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL:
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÂTIMENT ALTIERO SPINELLI 10G158
60, RUE WIERZT | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU



BURGFEST

6. Liberales Burgfest auf Burg und Kloster Oybin

Das 6. Liberale Burgfest findet in diesem Jahr am Freitag, dem 1. Juli 2011, auf Burg und Kloster Oybin statt. Zum ersten Mal macht das inzwischen traditionelle Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion damit in Ostsachsen Station. Die romantischen Ruinen von Burg, Kaiserhaus und Cölestinerkloster auf dem Berg Oybin, das durch Kaiser Karl IV. im 14. Jahrhundert gestiftet wurde, sowie die Klosterkirche mit Aussichtsturm bilden dabei eine einzigartige und atemberaubende Kulisse für einen stimmungsvollen Sommerabend. Das einmalige spätromantische Ensemble von Natur und Architektur inspirierten schon die Maler der Romantik Carl Gustav Carus und Caspar David Friedrich.

Kleiner Tipp: Das Oberland um Oybin eignet sich hervorragend für ein verlängertes Ausflugs-Wochenende im Anschluss an das Burgfest. Deshalb am besten schon jetzt ein Hotelzimmer reservieren.



www.burgundkloster-oybin.de

IMPRESSUM

LiSa

LIBERALES SACHSEN
DIE ZEITUNG DES FDP-
LANDESVERBANDES SACHSEN

Die LiSa wird ausschließlich in ehrenamtlicher Arbeit von Mitgliedern und Freunden der sächsischen FDP im Auftrag des Landesvorstandes erstellt und gestaltet.

HERAUSGEBER

LiSa Service GmbH, Radeberger Str. 51, Preußisches Viertel, D-01099 Dresden, Tel. 0351/65 57 65-83, Fax 65 57 65-1

REDAKTION & MITARBEIT

Torsten Herbst (V.i.S.d.P.), Anne-Kathrin Rothe, Christian Schulze, Thomas Widra, Michael Deutschmann, Andreas Novak, Janett Krätzschmar-König, Holger Zastrow

SATZ & LAYOUT

Karsten Prauße

FOTOS

Dirk Dühning, Sven Herbst, Festhalle Plauen, Michael Deutschmann, Stefan Thiede

DRUCK

Offsetdruckerei Starke & Sachse GmbH, Großenhain

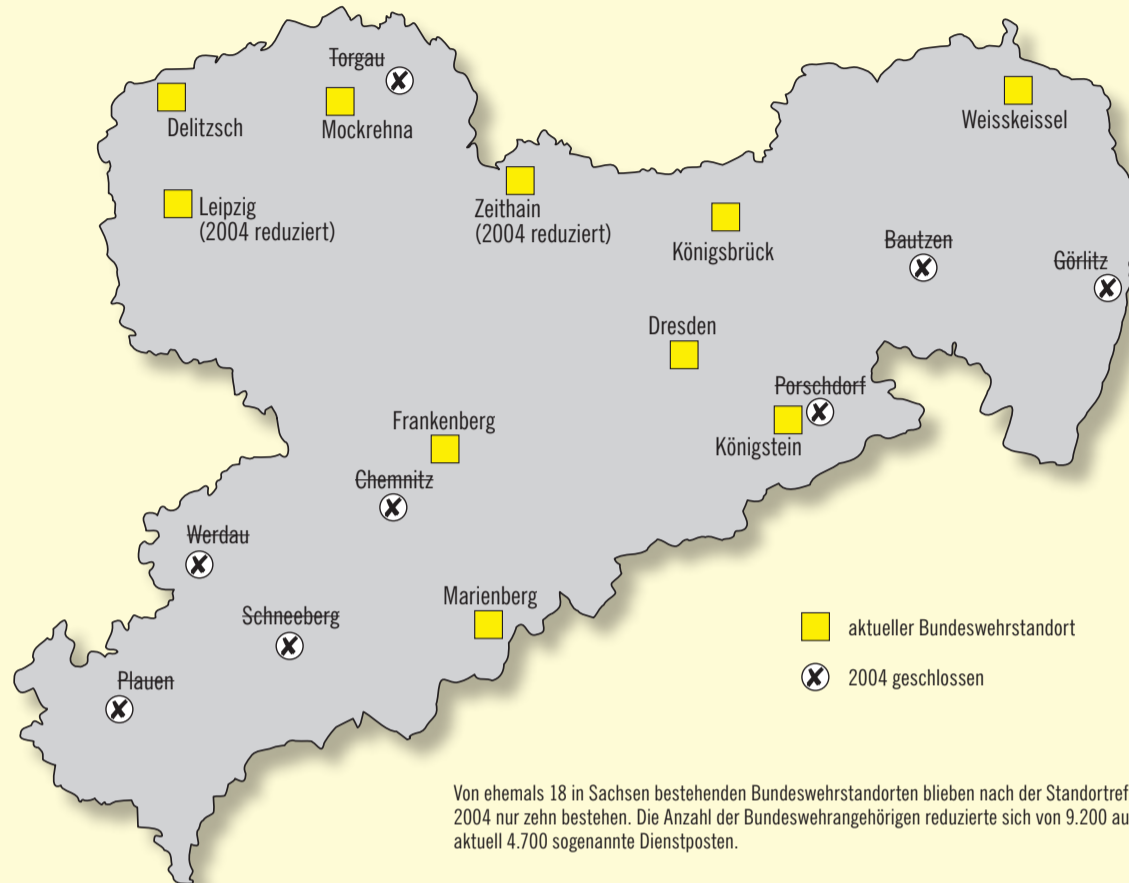
Die LiSa erscheint vier- bis sechsmal im Jahr als Beilage zur **eide**, der Mitgliederzeitung des FDP-Bundesverbandes. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung des Landesverbandes wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

gegr. 1995 in Dresden

BUNDESWEHR

Koalition für Erhalt sächsischer Standorte

Dank und Anerkennung für Soldaten



Auch wenn „robuste Mandate“ im offiziellen Sprachgebrauch nur selten als Kriege bezeichnet werden: Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr setzen im Interesse aller Deutschen und ihrer Verbündeten ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel – am Horn von Afrika, im Kosovo und am Hindukusch genauso wie vor den Küsten Somalias und des Libanon.

Dieser Einsatz erfährt oft nicht die Wertschätzung, die er verdienen würde. CDU und FDP im Landtag haben daher im Januar einen Antrag beschlossen, in dem sie sich ganz klar hinter die Soldaten stellen, ihnen Dank, Respekt und Anerkennung aussprechen. „Unter dem höchsten Einsatz, den ein Mensch erbringen kann – dem Einsatz des eigenen

Lebens –, wahren sie die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands“, würdigt FDP-Landes- und -Fraktionschef Holger Zastrow. Er hob hervor, dass die Sachsen spätestens seit 2002 haben ein ganz besonderes freundschaftliches Verhältnis zur Bundeswehr haben: „Bei der Bewältigung der Jahrhundertflut waren uns die Soldaten zuverlässige Freunde und Helfer in der Not.“

Zudem kämpft die schwarz-gelbe Koalition um den Erhalt aller sächsischen Bundeswehrstandorte. Nicht nur, weil die Armee im Osten Deutschlands besonders in der Gesellschaft verankert ist: Obwohl nur ein Fünftel der Deutschen in den neuen Bundesländern lebt, stieg der Anteil der Ostdeutschen

bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Jahr 2009 von 33 auf immerhin 49 Prozent. Und der Anteil der Wehrpflichtigen mit Abitur war in Ostdeutschland besonders hoch – beste Voraussetzungen, Offiziere zu gewinnen.

Nicht zuletzt aber sind die Bundeswehrstandorte auch wichtige Wirtschaftsfaktoren in den Regionen. „Jedes Abschmelzen von Personal ist für die betroffenen Kommunen und Regionen ein schwerer Schlag“, sagt Zastrow. Denn die Bundeswehr ist nicht nur ein interessanter Arbeitgeber, sondern auch Auftraggeber für Handel, Gewerbe und Handwerk der unterschiedlichsten Branchen. Standortschließungen sind daher für die regionale Wirtschaft immer schmerzhaft und können – gerade in strukturschwachen Regionen – für einzelne Betriebe das wirtschaftliche Aus bedeuten.

In den vergangenen Jahren hat der Freistaat mit schmerzhaften Einschnitten – der Schließung der Bundeswehrstandorte Zeithain und Schneeberg – bereits seinen Beitrag geleistet. „Dies muss bei den anstehenden Standortentscheidungen berücksichtigt werden“, fordert Zastrow daher. „Wir setzen uns daher für den Erhalt aller sächsischen Bundeswehrstandorte ein – im Interesse der Soldaten und ihrer Familien sowie nicht zuletzt auch im Interesse aller Sachsen.“

<http://www.fdp-fraktion-sachsen.de>



Bundeswehrstandort Marienberg

RÜCKBLICK

Strategieklausur in Bad Brambach

Landtagsfraktion beriet die strategische Planung 2011



Konzentriertes Arbeiten in Bad Brambach mit zahlreichen Fachvorträgen

Zum zweiten Mal traf sich die FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag im Januar zu ihrer traditionellen Winterklausur im vogtländischen Bad Brambach.

Bei den dreitägigen Beratungen der 14 Abgeordneten und der Mitarbeiter der Fraktion ging es vor allem um die strategische Planung der Fraktion für 2011 in den jeweiligen Fachbereichen. Eine zentrale Rolle spielten dabei unter anderem Technologie, Handwerk und Mittelstand, die Innen- und Rechtspolitik, sowie Sozial- und Gesundheitspolitik.

Ein thematischer Schwerpunkt war zudem die Umsetzung der Staatsmodernisierung und die von der Staatsregierung vorgestellte Reform der Behördenstruktur im Freistaat. Außerdem beriet die Fraktion intensiv mögliche Strategien zum Thema drohender Fachkräftemangel. Dazu waren auch Vertreter des Dresdner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung eingeladen, die während eines Fachvortrages „Ostdeutscher Fachkräftemangel bis 2030“ die derzeitige Situation und Prognosen für die Zukunft auf der Grundlage eigener Daten vorstellten.

Inhaltliche Debatte in der FDP antreiben

Julia Sachsen mit neuem Landesvorstand

Gleich für zwei Tage hatte sich die Jungliberale Aktion Sachsen Mitte Februar im Leipziger Ratskeller zu ihrem 49. Landeskongress getroffen

ner überraschend deutlich bereits im ersten Wahlgang durch. Der 28-Jährige stammt aus Öhringen in Baden-Württemberg und lebt in

lichem für Organisation unterstützt. Matthias Dörfer übernimmt das Amt des Schatzmeisters. Außerdem wählte der Kongress Philipp Hart-

zende der Jungliberalen, Lasse Becker, schaute ebenso im Ratskeller vorbei, wie die Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen aus Brandenburg und Thüringen. Die Zusammenarbeit der Ost-Landesverbände hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Beispielsweise hat es kürzlich erstmals ein eigenes gemeinsames politisch-programmatisches Wochenende dieser Jugendverbände gegeben.

Um die Programmatik und ganz verschiedene Themen ging's auf dem Landeskongress vor allem am zweiten Sitzungstag. So lehnen die Jungliberalen etwa Quotierungen für Führungspositionen ab, machten Vorschläge zur Bekämpfung des Ärztemangels und beschäftigten sich mit der Qualität des Schulunterrichts. Hier fordert die Julia unter anderem, Lehramtsbewerber während der Ausbildung auch durch die Schüler bewerten zu lassen. Einige der Beschlüsse wollen die Jungliberalen auf dem anstehenden FDP-Landesparteitag als Anträge einbringen.

www.julia-sachsen.de



Neuer Julia-Landesvorstand: Max Pätz, Sven Herbst, Matthias Dörfer, Martin Börnert, Christoph Huebner, Markus Klemm, Philipp Hartewig, Rudi Ascherl, Lydia Dötschel, Alexander Hausmann (v.l.n.r)

fen. Auf dem Programm standen nicht nur Vorstandswahlen und zahlreiche Grußworte, sondern auch ein dickes Antragsbuch. Zunächst verabschiedeten die etwa 60 Jungliberalen allerdings ihren langjährigen Vorsitzenden. Marcus Viefeld hatte den sächsischen Jugendverband drei Jahre lang geführt. Er durfte aus Altersgründen nicht erneut für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren.

Christoph Huebner neuer Julia-Landeschef

Bei der Vorstandwahl lag dann Spannung in der Luft. Mit Thomas Kunz aus Dresden und Christoph Huebner aus Leipzig gingen zwei Kandidaten ins Rennen. Bei der Abstimmung setzte sich Hueb-

Leipzig. Als selbstständiger Marketingberater legt Huebner auch in der Politik besonderen Wert auf inhaltliche Arbeit mit Außenwirkung. „Wir werden unser Profil in Sachsen mit klaren Positionen zu zeitgemäßen Themen weiter schärfen und die inhaltliche Debatte auch in der FDP antreiben“, sagte er. Da dürfen Sachsens FDP-Generalsekretär Torsten Herbst und Wirtschaftsminister Sven Morlok genau zugehört haben. Beide waren als Vertreter der „Seniorenorganisation“ – wie JuliAner die FDP gerne nennen – auf dem Landeskongress dabei.

Im Landesvorstand wird Huebner künftig von seinen Stellvertretern Markus Klemm als Programmatiker, Rudi Ascherl als Pressesprecher und Sven Herbst als Verantwort-

ewig, Max Pätz, Lydia Dötschel, Martin Börnert und Alexander Hausmann als Beisitzer.



Gespannte Aufmerksamkeit beim Redebeitrag von Sven Morlok

KURZNACHRICHTEN

Neuer Vorstand in Freital

Ende Januar wurde in Freital ein neuer Ortsvorstand gewählt. Der Freitaler Rechtsanwalt Oliver May (44) wurde in seinem Amt bestätigt, Thomas Klyscz (36) aus Kleinnaundorf ist sein Stellvertreter. Hans-Joachim Beer (68) aus Pesterwitz ist erneut Schriftführer, als Beisitzer komplettieren die Bannewitzerin Brigitte Böttcher (68) und Ralf Mehlhose (68) aus Freital-Wurgwitz den Ortsvorstand.



Der Ortsvorstand Freital

FDP Löbau wählt neuen Vorstand

Mitte Februar wählten die Löbauer Liberalen ihren Vorstand. Neue Vorsitzende des FDP-Ortsverbandes ist Christine Schlagehan. Die 35jährige Großschweidnitzerin ist Vorsitzende der Liberalen Frauen Sachsen und kandidierte bei der letzten Landtagswahl als Direktkandidatin für die FDP. Sie löst damit André Pochanke aus Lawalde in dieser Position ab, der als Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Görlitz nicht mehr zur Wahl angetreten war. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Günther Kneschke (61) aus Obercunnersdorf wiedergewählt. Dem Vorstand gehören weiterhin Andreas Seewald (52, Stadtrat aus Löbau), Mathias Grundmann (48, Gemeinderat aus Lawalde) und Frank Schlagehan (38, Großschweidnitz) an.



Christine Schlagehan

Wilhelm-Külz-Stiftung

Das liberale Bildungswerk Sachsens



Aus den Veranstaltungs- und Seminarangeboten Februar – Mai 2011

7. März 2011, Leipzig
„KRITIK DER REINEN TOLERANZ“
Leseabend mit Henryk M. Broder

17. März 2011, Chemnitz
„POLITISCHE EXTREMISTEN IN DER DDR UND IM WIEDERVEREINIGTEN DEUTSCHLAND“
Veranstaltung in der BStU-Außenstelle Chemnitz mit Dr. Hans-Jürgen Grasemann

31. März 2011, Dresden
„UNSER UMGANG MIT DEN TOTEN DES 13./14. FEBRUARS 1945“
Podiumsdiskussion mit Dr. Ralf Lunau, Dr. Matthias Rogg, Matthias Neutzner und Holger Hase

1./2. April 2011, Dresden
KOMMUNIKATIONSTRAINING, MODUL II, Seminar mit dem Trainer Tom Steinborn-Henke

Programmänderungen vorbehalten.

13. April 2011, Dresden
20 JAHRE WILHELM-KÜLZ-STIFTUNG
Festabend mit Wolfgang Gerhardt, MdB

30. April 2011, Siebenlehn
„EINFÜHRUNG IN DIE SATZUNGSRUNDLAGEN“
Tagesseminar mit Carsten Biesok, MdL

2. Mai 2011, Dresden
„UNTER LINKEN“
Leseabend mit Jan Fleischhauer

Anmeldungen und weitere Informationen:
Wilhelm-Külz-Stiftung
Radeberger Str. 51,
01099 Dresden
Tel.: (03 51) 65 57 65 20
Fax: (03 51) 65 57 65 22
www.wilhelm-kuelz-stiftung.de
E-Mail: info@wks-sachsen.de

Jonas ist Buchpatin für Voltaire

Buchpatin der Blindenschriftausgabe von Voltaires „Sämtlichen Romanen und Erzählungen“ ist seit kurzem Anja Jonas, Chefin der FDP Leipziger Land – Muldentale. Sie unterstützte finanziell Neuproduktion und Digitalisierung des Buches durch die Deutsche Zentralbücherei für Blinde (DZB) in Leipzig. „Es war mir wichtig, das Engagement der DZB zu unterstützen“, sagt Jonas.

VORSCHAU

KURZNACHRICHTEN

Stasiexperte will Amt nicht beschädigt sehen

Der Leiter der Dresdner Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde, Konrad Felber, steht nicht mehr für das Amt des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zur Verfügung. Felber, der auch FDP-Mitglied ist, hatte im Januar gegenüber der Nachrichtenagentur dpa vor allem die Art und Weise der "unwürdig und öffentlich geführten Personaldebatte um das Amt" kritisiert. Neben der ehemaligen DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier galt Felber als einer der Kandidaten für die Nachfolge von Michael Beileites, der zum Jahresende 2010 aus dem Amt geschieden war. Verschiedene Medien hatten zuletzt spekulativ über die Personalie berichtet. FDP-Chef Holger Zastrow und Justizminister Dr. Jürgen Martens bedauerten Felbers Entscheidung.

TERMINE (AUSWAHL)

05.03. 5. Skicup in Holzgau

09.03. Politischer Aschermittwoch in Plauen mit Bundesgesundheitsminister Rößler

11.03. Landesparteitag in Dresden

12.03. Kreisparteitag FDP Meißen

14.03. Kreisparteitag FDP Mittelsachsen

15.03. LFA Umwelt und Verbraucherschutz in Dresden

16.03. Landespolitische Abende in Glauchau und Seiffen

19.03. Kreisparteitage der FDP Görlitz, Dresden und Chemnitz

23.03. LFA Europa, Außen und Sicherheitspolitik in Dresden

26.03. LFA Kultur und Medien in Dresden

26.03. Kreisparteitag FDP Sächs. Schweiz/Osterzgebirge

30.03. LFA Bildung, Schule und Berufsausbildung in Dresden

13.04. LFA Wirtschaft, Arbeit und Energie in Dresden

16.04. 36. Landesparteitag der FDP Sachsen in Plauen

19.04. LFA Umwelt und Verbraucherschutz in Dresden

28.04. LFA Verkehr, Bau und Infrastruktur in Netzschkau

13.05.-15.05. Bundesparteitag in Rostock

01.07. Liberales Burgfest der FDP-Landtagsfraktion

Landesparteitag am 16. April in Plauen

Wahlen zu Parteiführung und Landesvorstand

Erstmals seit 1998 findet wieder ein Landesparteitag der FDP Sachsen im Vogtland statt. Diesmal treffen sich die 250 Delegierten am Samstag, dem 16. April 2011, zum 36. Landesparteitag in der neuen Festhalle in Plauen. Auf der Tagesordnung steht neben der Rede des Landesvorsitzenden auch der Bericht des Schatzmeisters. Außerdem wird Ralf Oberdorfer als Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt sprechen.

Die Delegierten entscheiden über einen neuen Landesvorstand und wählen die Vertreter des Landesverbandes für den Bundesparteitag. Damit sind die neugewählten Delegierten bereits auf dem Bundesparteitag im Mai in Rostock stimmberechtigt.



Festhalle Plauen

Ebenfalls neu bestimmt werden die sächsischen Vertreter zum Kongress der europäischen Liberalen (ELDR).

Traditionell wird auf dem Parteitag wieder der Sieger im Neumitgliederwettbewerb für das Jahr 2010

gekürt, und es werden ehemalige Kreisvorsitzende und Bürgermeister offiziell verabschiedet.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildet die Zukunft der Hochschullandschaft in Sachsen.

Antragsschluss für Satzungsänderungsanträge ist der 18. März und für Sachanträge der 25. März 2011.

Über weitere Details, Anträge und Themen werden Sie rechtzeitig informiert unter www.fdp-sachsen.de.

RÜCKSCHAU

Ende der Toleranz

Gerichtsentscheidungen müssen höchstrichterlich überprüft werden

Am 19. Februar ist es in Dresden zu schweren Ausschreitungen mit zahlreichen Festnahmen und zum Teil schwer Verletzten, darunter 82 Polizeibeamten, gekommen. Anlass war ein geplanter Aufmarsch von rechtsextremen Vereinigungen, die im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 drei Demonstrationen veranstalten wollten.

Während tausende Dresdner vor allem mit Mahnwachen und Friedensgebeten in den Kirchen und an der Neuen Synagoge – hier gehörten

die Dresdner FDP und CDU zu den Initiatoren – gegen den Aufmarsch protestierten, hatten sich vor allem im Dresdner Süden tausende Linksextremisten Straßenschlachten mit der Polizei geliefert.

Der Dresdner FDP-Landtagsabgeordnete und Rechtsexperte Carsten Biesok, selbst Zeuge der Ausschreitungen, kritisierte vor allem die Vorwürfe von Linkspartei-Fraktionschef Hahn in Richtung Polizei. Hahn habe sich nicht unmissverständlich und frühzeitig von gewalttätigen Demonstrationstouristen distanziert



Tausend bunte Ballons an der Synagoge statt brauner Aufmarsch

und es unterlassen, diese Kriminellen auszuladen.

Biesok unterstütze die Forderung von Innenminister Ulbig, über den künftigen Umgang mit den Demonstrationen zu diskutieren und entsprechende präventive Maßnahmen zu entwickeln. Zugleich müsse der Freistaat nun höchstrichterlich klären lassen, ob sich gewalttätige Exzesse durch Auflagen unterbinden lassen. Sachsen solle Berufung gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden einlegen.

Mit einem *großen Dankeschön* für die Treue zu unserer Partei und den *besten Wünschen für Gesundheit, Glück und persönliches Wohlergehen* gratuliert der FDP-Landesvorstand!

GEBURTSTAGSJUBILÄEN

► **50 JAHRE:** Jens Taube, 05.02. + Roland Ulbrich, 10.02. + Jens Jacobi, 11.02. + Sabine Lehnung, 12.02. + Falk Schellenberger, 13.02. + Dipl.-Ing. Jürgen Verchrübe, 13.02. + Volker Sommer, 20.02. + Andras Baumgart, 20.02. + Thomas Rohe, 27.02. + Klaus Zorn, 01.03. + Linus Piesche, 01.03. + Veit Bursian, 08.03. + Lutz Biedermann, 08.03. + Harald Schulze, 10.03. + Andreas Schneider, 10.03. + Uwe Riedel, 12.03. + Dr. Ingolf Roßberg, 22.03. + Heiko Neitzke, 30.03. + Martin Treeck, 04.04. + Viola Scholz, 07.04. + Volkmar Schreiter, 07.04. + Michael Schöttner, 08.04. + Otmar Müller, 08.04. + Detlef Kölling, 11.04. + Hartmut Gorski, 25.04. + ► **60 JAHRE:** Wolfgang Paternoga, 04.02. + Gerd Pfeifer, 07.02. + Volker Doberstein, 09.02. + Hans-Jürgen Fink, 13.02. + Gerhard Artelt, 17.02. + Geert Runge, 17.02. + Stefan Junghans, 22.02. + Barbara Pegorer, 12.03. + Ralf Sachse, 15.03. + Dr. Hajo Schubert, 03.04. + Joachim Müller, 10.04. + Freiherr Roland v. Fritsch, 22.04. + ► **70 JAHRE:** Günter Stein, 14.02. + Siegfried Moschke, 02.03. + Achim Safert, 05.03. + Wolfgang Trodler, 07.03. + Bernd Noack, 13.03. + Helge Fiedler, 05.04. + Ellen Halbert, 06.04. + MR Dr. med. Wolfgang Sellentin, 23.04. + Bernd Weber, 29.04. + Dipl.-Phil. Friedrich Schellenberg, 29.04. + ► **80 JAHRE:** Dr. Manfred Dreßler, 09.03. + ► **90 JAHRE:** Dr. Wolfgang Telle, 15.02

PARTEIJUBILÄEN

► **25 JAHRE:** Günter Binjaschewitz, 03.02. + Carsten Biesok, 03.02. + Lieselotte Liermann, 28.02. + Christine Wolf, 01.03. + Frank Schubert, 01.03. + Manfred Buchacek, 11.03. + Dr. Klaus Köhler, 20.03. + Martina Krauß, 01.04. + Wolfgang Paternoga, 10.04. + Helga Schiefer, 21.04. + ► **40 JAHRE:** Karl Müller, 01.02. + Dr. Thomas Schubert, 01.02. + Christoph Schöne, 01.02. + Bernd Süß, 01.02. + Regina Reichert, 08.02. + Gerlinde Schnee, 01.03. + Ewald Maser, 08.03. + Gunter Kreul, 17.03. + Bernd Noack, 24.03. + Rainer Ranft, 01.04. + ► **50 JAHRE:** Uwe Drews, 01.02. + Helga Decker, 07.04. + ► **60 JAHRE:** Reinhold Maywald, 01.04.